

C·A·P Planung...

19./20. Juli

Jahresklausursitzung des C·A·P

22. Juli (C·A·P-FORUM)

„Politikberatung auf dem Prüfstand“ mit Dr. Klaus-Peter Klaißer, Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, und Jérôme Vignon, Gruppe für prospektive Analysen der Europäischen Kommission

29./30. August

Jahrestagung zum Stand der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU; organisiert von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung unter Beteiligung der Forschungsgruppe Europa

6.-13. September

„Ohne Angst verschieden sein“; Multiplikatorenseminar der Forschungsgruppe Jugend und Europa in der Türkei, Ansprechpartner: Susanne Ulrich

9./10. September

Sitzung der Expertengruppe zur bilateralen Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA, Europa und Rußland

23. September

Arbeitsitzung der Projektgruppe „Systemtransformation“ der Forschungsgruppe Europa

25./26. September

Sitzung der „Strategiegruppe Europa“, organisiert von der Bertelsmann Stiftung unter Beteiligung der Forschungsgruppe Europa

1./2. Oktober

„The Foreign and Security Policy of an enlarged European Union“, Kolloquium der Forschungsgruppe Europa in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Europäischen Kommission (GD I A)

3. Oktober

Arbeitsitzung mit Fachexperten zum Thema „Der Bundespräsident im demokratischen Prozeß der Bundesrepublik Deutschland“

C·A·P ANORAMA...

herausgegeben vom

Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 - 4132 640

Fax 089 - 4132 491

E-Mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/>

WWW/CAPhtml

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Aus Einwanderern müssen Bürger werden

In der Einwanderungs- und Integrationspolitik ist Bewegung und eine klare Perspektive erforderlich

Von Olaf Hillenbrand

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Trotz aller gegenteiligen Fakten hält sich diese Auffassung hartnäckig. Immerhin wird dieses Tabuthema zunehmend diskutiert. Ohne Zweifel befindet sich Deutschland - wie die meisten anderen EU-Staaten - in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, in der es im Bereich der Anzahl der Zuwanderer wenig Spielräume gibt. Dennoch darf die übergeordnete Fragestellung nicht vergessen werden: Wer soll mit welchen Konsequenzen zu einer Gesellschaft gehören und wer nicht? Die Fülle miteinander nicht verbundener Einzelregelungen - im Ausländergesetz, bei der Familienzusammenführung, der Arbeitsmigration, aber auch im Asylrecht oder bei den Verfahren für Spätaussiedler - gibt hier keine grundsätzlichen Antworten. Die Konsequenz: Unsicherheiten in Rechtsstatus und Lebensperspektiven der Migranten sowie eine fatale Intransparenz und der Eindruck mangelnder Kontrolle in den Aufnahmeländern.

Patentlösungen gibt es nicht; wohl aber konstruktive Gestaltungsmöglichkeiten, deren Ausgangspunkt in der Anerkennung des Status als Einwanderungsgesellschaft liegen. Zum einen ist dies die Frage nach der Einwanderung selbst. Jedes Einwanderungsland entscheidet primär nach seinen eigenen Interessen, wie viele Menschen aufgenommen werden können. In einem konsolidierten Einwanderungsgesetz sind folgerichtig jährliche Quoten und Kontingente festzulegen. Nach Maßgabe des tatsächlichen Zuwanderungsbedarfs kann Einwanderung dadurch effektiver kontrolliert, gesteuert, aber auch begrenzt werden. Die bewußte Aufnahme von Menschen aus anderen Staaten nimmt zum anderen Abschied von der längst widerlegten Annahme, Zuwanderer würden nur für begrenzte Zeit in ihrem Aufnahmeland bleiben. Damit wird deutlich, daß eine in sich stimmige Integrationspolitik zum zentralen Bestandteil der Einwanderungspolitik werden muß. Ohne Integration werden die Konflikte eskalieren; Toleranz und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind der soziale Kitt unserer Gesellschaft. Sie gedeihen am besten dort, wo alle Beteiligten sich über eindeutige Spielregeln im klaren sind. Während die Einheimischen wissen, daß Einwanderung auch in ihrem Interesse stattfindet, haben die Zuwanderer die größere Anpassungsleistung zu erbringen. Integrationshilfen, langfristige Lebensperspektiven sowie das klar definierte Angebot der Zugehörigkeit zur Gesellschaft können das primäre Ziel der Integrationspolitik unterstützen: Aus Einwanderern müssen Bürger werden.

Diese unverzichtbare Kombination von Einwanderungs- und Integrationspolitik muß angesichts offener Grenzen auf mittlere Sicht EU-weit koordiniert werden. Erforderlich ist ein europäisches Einwanderungskonzept, das einen Rahmen bietet, um in der EU Zuwanderung zu steuern, Ausländer zu integrieren und Zusammenleben zu gestalten. Innerhalb des Forschungsprojekts „Strategien für Europa“, das die *Forschungsgruppe Europa* gemeinsam mit der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* durchführt, wurden schon frühzeitig konkrete Vorschläge dazu vorgelegt. Es geht heute nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“ einer pluralen Gesellschaft. Die Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages sollte diese Chance nutzen.

Literatur zum Thema: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Das europäische Einwanderungskonzept, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1994, 200 Seiten, DM 25.-, ISBN 3-89204-088-5

Olaf Hillenbrand M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europa am C·A·P, Projektbereich Binnenmarktpolitik.

C·A·P_{rolog}...

Politikberatung reformieren - Viele Einrichtungen der Politikberatung in Deutschland stehen gegenwärtig auf dem Prüfstand – nicht deshalb, weil der Bedarf an Analysen und Entscheidungshilfen in der Außenpolitik abgenommen hätte, sondern der Kosten wegen. Ein Strukturwandel erscheint unvermeidlich, in dem die institutionellen Mittelzusagen durch **projektbezogene und zeitlich begrenzte Zuwendungen** abgelöst werden. Die inhaltliche Kontinuität wissenschaftlicher Politikberatung benötigt neue Formen der Organisation und Kooperation.

Das **Centrum für angewandte Politikforschung** an der Universität München ist auf diesen Wandel durch zwei Besonderheiten gut vorbereitet: Zum einen beruhen alle Projekte auf klar beschriebener und zeitlich befristeter Drittmittelforschung, zum anderen wurde das C·A·P bewußt als Teil der Universität und nicht unabhängig von ihr angelegt. Große **Flexibilität** wissenschaftlicher Projektarbeit verbindet sich so mit der hohen **Kontinuität** einer Hochschule. Diese ungewöhnliche Kombination eröffnet modellhaft eine Chance, die heute noch bestehende Lücke zwischen politischer Wissenschaft und politischer Praxis zu überbrücken und die „angewandte Politikforschung“ als den **praxisbezogenen Zweig der Politikwissenschaft** an deutschen Universitäten zu verankern. Das C·A·P will in diesem Sinne nicht nur Modell sein, sondern wird sich diesem Thema mit eigenen Initiativen und Projekten widmen.

Josef Janning

Partner in Europa

Die Forschungsgruppe Europa am C·A·P unterstützt die Länder Mittel- und Osteuropas auf ihrem Weg in die EU

Die Osterweiterung der Europäischen Union ist für die politische und wirtschaftliche Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung. Mit zehn Staaten aus Mittel- und Osteuropa (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien) hat Brüssel bereits Assoziationsabkommen in Kraft gesetzt, neun Staaten dieser Gruppe haben bereits Beitrittsanträge gestellt. Die EU hat sich ihrerseits verpflichtet, die Reformstaaten in die EU aufzunehmen.

Der Beitritt der Staaten Mittel- und Osteuropas ist eine historische Chance für die EU, Sicherheit und Wohlstand in ganz Europa zu gewährleisten. Die Mitgliedschaft in der EU wird die jungen Demokratien und Marktwirtschaften festigen und zu einer friedlichen und stabilen Entwicklung des gesamten europäischen Kontinents beitragen. Die Erweiterung der EU wird nicht nur die Beitrittsländer stärken, sondern auch für die derzeitigen Mitglieder der Union neue Perspektiven des Wirtschaftswachstums und des allgemeinen Wohlstands eröffnen. Das politische und wirtschaftliche Gewicht der großen EU wird zunehmen - Europa kann so auch im nächsten Jahrtausend neben Amerika und Asien im internationalen Wettbewerb bestehen.

Im Rahmen der „Strategien für Europa“ fördert die *Forschungsgruppe Europa* in Zusammenarbeit mit der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU. Zu diesem Zweck hat sie länderspezifische Beratungsgruppen (sog. „Task Forces“, bestehend aus namhaften Politikern und Wissenschaftlern) gebildet, die im Rahmen von Fachkonferenzen den Stand der Beitrittsfähigkeit der Reformstaaten und detaillierte Integrationsfragen erörtern. Ziel ist es, Reformdefizite in den Transformationsländern aufzuzeigen und praxisbezogene Strategien zu deren Überwindung zu erarbeiten. Darüber hinaus werden die Unterstützungsleistungen der EU kritisch überprüft und gegebenenfalls neue Konzepte entwickelt. Auf diesem Weg soll der weitere Annäherungsprozeß zwischen den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas und der EU beschleunigt werden. Task Forces wurden bislang für Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei eingerichtet. Da der politische und wirtschaftliche Wandel in den vier *Visegrád-Staaten* weit fortgeschritten ist, nehmen sie unter den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten eine Vorreiterrolle ein. Um die Entwicklung der Anpassungsleistungen präzise zu bewerten, treffen die Mitglieder der Task Forces in jedem der vier Länder seit Anfang 1995 mindestens einmal jährlich zusammen. In diesem Jahr traf man sich Ende Februar in Budapest, im Mai in Prag und im Juni in Warschau und Bratislava. Neben Mitarbeitern der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung nahmen Vertreter der *EU-Kommission*, der jeweiligen Regierungen, Parteien und Interessengruppen sowie renommierte Wissenschaftler teil.

(weiter Seite 2)

C·A·Punkte...

- Task Forces in Mittel- und Osteuropa
- Europa föderal organisieren
- Europa und der Nahe Osten
- Das C·A·P im World Wide Web
- Vorgestellt: Anti-Defamation League
- Bewegung in der Einwanderungspolitik

Nachdem die Visegrád-Staaten die erste Phase der Transformation, in der die makroökonomische Stabilisierung Priorität hatte, erfolgreich bewältigt haben, stehen 1996 neue Herausforderungen im Vordergrund: institutionelle Reformen, rechtliche und sektorale Anpassungen, Probleme der Wachstums- und Strukturpolitik sowie der Aufbau funktionsfähiger Sozialsysteme. Die Diskussionen zeigten, daß die Beitrittskandidaten viele Standards der EU noch nicht erreicht haben. Künftig sind daher noch große Eigenanstrengungen der Transformationsstaaten erforderlich, um die Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Zu Recht verweisen die mittel- und osteuropäischen Vertreter jedoch darauf, daß von seiten der EU weder ein Konzept noch ein realistischer Zeitplan für die Osterweiterung vorläge. Diesbezügliche Äußerungen aus Brüssel seien unklar und widersprüchlich und böten keine ausreichende Orientierung. Kritisch beurteilt wurden auch Reformwillen und -fähigkeit der EU bezüglich ihrer institutionellen und strukturpolitischen Probleme. Die Gefahr sei groß, daß die mangelnde Anpassungsfähigkeit der EU, und nicht der Entwicklungsstand der Transformationsstaaten, zu einem entscheidenden Hindernis für die Osterweiterung werden könnte.

Dr. Fraser Cameron, Europäische Kommission, der slowakische Außenminister Prof. Dr. Juraj Schenk und Cornelius Ochmann von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung während der Task Force-Sitzung in Bratislava.

Die Ergebnisse, die aus den Task Force-Sitzungen und der Zusammenarbeit mit Experten aus den anderen assoziierten Staaten gewonnen werden, bilden die Grundlage für die Studie „*Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die EU*“, die die Forschungsgruppe Europa zusammen mit der EU-Kommission und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung alljährlich im Dezember erstellt. Den darin enthaltenen Länderberichten liegt ein Kriterienkatalog zugrunde, der den Stand der Integrationsfähigkeit anhand politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gesichtspunkte mißt. In der weiteren Arbeit bemüht sich die Forschungsgruppe Europa um die gezielte Vermittlung der Projektergebnisse. Um maßgebliche Akteure in den Reformstaaten zu erreichen und auf Problemlösungen hinzuführen, hat sie ausgewiesene Europaexperten in den Zielstaaten zur Zusammenarbeit gewonnen. Sie koordinieren vor Ort die Vermittlung der Reformkonzepte. Aufgrund des erfolgreichen Verlaufs der Task Forces sollen im Laufe des Jahres 1996 auch in den baltischen Staaten sowie in Slowenien, Bulgarien und Rumänien entsprechende Arbeitsgruppen gebildet werden.

C·A·P Projekt...

Ist **Föderalismus** ein geeignetes Strukturprinzip, um mangelnde Effizienz, Akzeptanz sowie Legitimität auf europäischer Ebene auszugleichen und die Balance zwischen EU, Mitgliedstaaten und Regionen zu gewährleisten? Dieser Frage widmeten sich Ende April Vertreter aus Wissenschaft und Politik im Rahmen des **Workshops „Europa föderal gestalten“**. Der Workshop war Teil eines gemeinsamen Projekts der **Forschungsgruppe Europa**, der **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung** und der **Forschungsgruppe „Europa föderal organisieren“**. Ziel dieses Projekts ist es, föderale Strukturmuster auf ihren Beitrag für Funktion und Akzeptanz der EU zu untersuchen, Vorschläge für Verbesserungen dieser beiden Aspekte zu entwickeln und diese aktiv in den Integrationsprozeß einzubringen. Im Workshop wurden erste Ergebnisse der Projektarbeit zur Diskussion gestellt (siehe auch S. 6). Statements von Vertretern der **Europäischen Kommission**, des **Europäischen Parlaments** und der **Bayerischen Staatskanzlei** sowie der Vergleich bestehender föderaler Systeme bildeten die weitere Gesprächsgrundlage. Trotz der konsensfähigen Formel „**Soviel Einheit wie nötig, soviel Vielfalt wie möglich**“ offenbarten sich unterschiedliche politische Interpretationen des Föderalismusbegriffs. Die EU verfügt indes bereits über zahlreiche föderale Elemente, wie etwa das Subsidiaritätsprinzip oder den Ausschuß der Regionen. Es geht also nicht um ein „Ja“ oder „Nein“ zum Föderalismus an sich, sondern um die Ausgestaltung vorhandener Strukturen. Im Mittelpunkt der weiteren Überlegungen standen dann auch die Möglichkeiten einer **klaren Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten** sowie die Notwendigkeit, den Subsidiaritätsgrundsatz von seinem bisher oft nur appellativen Charakter zu befreien und zu einem rechtsfähigen Prinzip auszubauen. Es stellt sich in der weiteren Projektarbeit die Aufgabe, ein europäisches Föderalismuskonzept zu definieren, das auch für angelsächsische und skandinavische Ohren erträglich und damit europakompatibel ist.

Anti-Defamation League, New York

Toleranzkonzepte für die politische Bildung

Die *Anti-Defamation League* (ADL) wurde 1913 in Chicago nach einem Lynchmord an einem amerikanischen Juden gegründet. Ursprünglich auf die Bekämpfung von Antisemitismus beschränkt, sollte sie sich bald für die Rechte aller Menschen einsetzen. So bekämpft die ADL seit dieser Zeit Vorurteile, Diskriminierungen und alle Arten von Fanatismus. ADL-Berichte werden regelmäßig Politikern, Lehrern und Medien zur Verfügung gestellt, die dadurch oftmals in ihrer Arbeit beeinflusst werden. Viele US-Bundesstaaten haben beispielsweise auf der Basis von Vorlagen der ADL sogenannte „hate crime laws“ verabschiedet. Koordiniert wird die Arbeit der 28 Regionalbüros, die die relevanten Informationen über extremistische Gruppen und Individuen sammeln, von der New Yorker Zentrale.

1985 schuf das Bostoner Büro - um nicht bei der Kritik von Diffamierungen zu verharren - ein Erziehungs- und Seminarprogramm mit dem Titel „A WORLD OF DIFFERENCE“. Es soll den Teilnehmern die Erfahrung vermitteln, daß multikulturelle Vielfalt eher eine Bereicherung als eine Bedrohung der eigenen Lebenswelt darstellt. Das Programm verbreitete sich schnell innerhalb der USA und führte 1992 zur Gründung des A WORLD OF DIFFERENCE-Instituts in New York.

Spezielle Konzepte für Universitäten, Behörden und Unternehmen ergänzen das Basisprogramm und erreichten bis heute über 200.000 Schüler, Studenten, Lehrer und Berufstätige.

Die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* am C·A·P arbeitet im Rahmen ihres Projekts

„Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ an der Adaption der Materialien für die politische Bildungsarbeit in Deutschland. Kooperationspartner auf deutscher Seite sind u.a. die *Ausländerbeauftragte von Berlin*, das *Wissenschaftliche Institut für Schulpraxis* in Bremen und der neugegründete Verein „*Eine Welt der Vielfalt*“ in Berlin. In Testseminaren mit unterschiedlichen Zielgruppen werden die Seminarinhalte auf ihre Einsetzbarkeit in multikulturellen Zusammenhängen innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft überprüft. Ziel ist es, Ausgrenzungen gegenüber benachteiligten Gruppen zu erkennen und zu vermeiden sowie eine Haltung des selbstverständlichen Respekts vor dem anderen zu entwickeln. Die adaptierten Materialien werden in Kooperation mit der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* im kommenden Jahr publiziert und der interessierten Öffentlichkeit in Form von Multiplikatorenseminaren vorgestellt werden.

In der Rubrik C·A·Partner stellen wir Projekt- und Kooperationspartner aus der Arbeit der Forschungsgruppen vor.

C·A·Portrait...

Die **Analyse der europäischen Jugend- und Bildungsarbeit**, die Erarbeitung aktueller Handlungsfelder sowie die Entwicklung neuer Methoden für eine jugendrelevante Vermittlung Europas ist ein inhaltlicher Schwerpunkt des C·A·P. In der **Forschungsgruppe Jugend und Europa** beschäftigen sich Barbara Tham (M.A.) und Stefan Rappenglück (M.A.) mit dieser Thematik. **Barbara Tham** hat Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie an der Universität Mainz und der Universität de Dijon studiert. Sie war von 1986 bis 1990 Geschäftsführerin des Europäischen Dokumentationszentrums an der Universität Mainz und ist seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin. Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit den europäischen Jugend- und Bildungsprogrammen und der sozio-ökonomischen Situation Jugendlicher in Europa. **Stefan Rappenglück** studierte an der Universität München und Eichstätt Politische Wissenschaften, Geschichte und Pädagogik. Nach einem Aufenthalt an der Hebräischen Universität in Jerusalem arbeitete er in Bildungs- und Jugendverbänden zu den Themen: außerschulische politische Bildung, Europäische Union, Israel und deutsch-jüdische Geschichte.

Das Fortschreiten der europäischen Integration hat eine teils unstrukturierte Ausweitung europäischer Kompetenzen ausgelöst. Welche Rolle das Strukturprinzip Föderalismus bei der Suche nach einem europapolitischen Ziel- und Leitbild spielen kann, dieser Frage gingen *Heinz Laufer* und *Thomas Fischer* in ihrer Studie nach, die im Kontext des von der *Forschungsgruppe Europa* betreuten Projekts „Europa föderal organisieren“ entstand. Nach einer kritischen Analyse der föderalen Elemente im Integrationsprozeß werden Anregungen formuliert, wie die künftige Ausgestaltung der EU aussehen könnte. Der kürzlich verstorbene Föderalismusexperte und sozialwissenschaftliche Dekan der Universität München, Prof. Dr. Heinz Laufer, legte mit dieser Arbeit eine seiner letzten Publikationen vor.

Georg Brunner: **Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa**, Strategien für Europa, Gütersloh 1996, 212 S., DM 25.-, ISBN 3-889204-800-2

Angesichts des Konflikts auf dem Balkan ist das Vertrauen in eine friedliche Entwicklung Gesamteuropas sichtlich gemindert. Ethnische Gegensätze, verspätete nationale Staatsgründungen und willkürliche historische Grenzziehungen sind Ursache und Aufhänger von neuen Konflikten. Das politische Vakuum in Mittel- und Osteuropa wird nicht nur mit der Orientierung an Demokratie und Marktwirtschaft gefüllt, sondern auch mit der Wiederbesinnung auf nationale Ideen. Mögliche Konsequenz ist das Entstehen einer Vielzahl von Minderheitenproblemen in den oftmals ethnisch heterogenen Staaten. *Georg Brunner* analysiert die Lage und erarbeitete Vorschläge für die Instrumente einer europäischen Minderheitenpolitik.

Werner Weidenfeld, Moshe Zimmermann (eds.): **Beyond Sovereignty? - The European Integration (hebräisch)**, Jerusalem 1996 (Titel und Inhaltsverzeichnis sind in englischer Sprache im Buch vermerkt.)

Zusammen mit dem israelischen Historiker *Moshe Zimmermann* hat *Werner Weidenfeld* das erste Lehrbuch zur Einigung Europas in hebräischer Sprache herausgegeben. Europa wird für Israel immer wichtiger. Die EU unterstützt den Friedensprozeß jährlich mit Millionensummen. Auf neuer vertraglicher Grundlage fördert Brüssel die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Jüdische Emigranten aus Osteuropa strömen nach Israel. Das Land selbst öffnet sich den Europäern, um Alternativen gegenüber Amerika zu erhalten. Vor diesem Hintergrund schließt das Buch in Israel eine Wissenslücke zu den aktuellen politischen Entwicklungen auf dem alten Kontinent. Ausgewiesene Experten aus Europa und Israel (u.a. *Karl-Heinz Narjes, Joseph Rován, Shlomo Avineri*) beschreiben die Grundlagen und Herausforderungen der europäischen Integration.

Magda Schirm, Barbara Tham (Hrsg.): **Sozialbörse Europa - Eine Tagungsdokumentation**, München 1996, Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Band 3

Der Band dokumentiert eine Tagung, die die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* mit der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Worms durchführte. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden Umsetzung und Auswirkungen europäischer Sozialpolitik auf die Sozialarbeit vor Ort unter die Lupe genommen. Im weiteren bestand Gelegenheit, konkrete soziale Projekte und Initiativen mit europäischem Bezug zu präsentieren. Ziel der Sozialbörse Europa ist es, Praxis und Politik zu verknüpfen, die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zwischen den Institutionen zu fördern sowie Diskussion und Formulierung von Handlungsbedarf für die weitere Gestaltung der Landes- und Europapolitiken anzuregen.

Mark D.Cole, Philipp S. Müller, Stefan Rappenglück: **Europa neu gestalten. Die EU zwischen Vertiefung und Erweiterung. Ein Planspiel**. München 1996, Materialien der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Band 5

Das Planspiel „Europa neu gestalten“ beschäftigt sich mit den Perspektiven und Herausforderungen einer Erweiterung der Europäischen Union. Es wendet sich mit seinem erfahrungsorientierten Ansatz an Mittler der politischen Bildung. Die Teilnehmer bearbeiten anhand vorgegebener, unterschiedlicher Rollenprofile (z.B. als Abgeordneter des Europäischen Parlaments) Fragen der zukünftigen Gestaltung einer nach Osten zu erweiternden Europäischen Union. Darüber hinaus werden den Mitspielern die europäischen Entscheidungsstrukturen und die Interessen der einzelnen Akteure mit dem Ziel vermittelt, ein besseres Verständnis für die politischen Abläufe in Europa zu entwickeln.

Der Friedensprozeß in einer kritischen Phase

Anläßlich der Wahlen in Israel, Benjamin Netanyahu ist neuer Ministerpräsident und die Knesset wurde neu zusammengesetzt, diskutierten am 3. Juni im C·A·P Prof. Dr. Udo Steinbach, Leiter des Orient-Instituts in Hamburg, und Prof. Dr. Moshe Zimmermann, israelischer Historiker und Gastprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München, unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld die Konsequenzen für den Friedensprozeß.

Beide Referenten brachten in ihren Vorträgen ihre Besorgnis über die weitere Entwicklung des Friedensprozesses im Nahen Osten zum Ausdruck. Moshe Zimmermann zeigte in seiner Analyse der israelischen Gesellschaft die fundamentalistischen Strömungen auf, die das Wahlergebnis ermöglicht haben: Schon seit Ende der 60er Jahre hat ein Prozeß eingesetzt, in dem sich säkulare Ideen des Zionismus und ultra-religiöse Vorstellungen im Judentum zu einer neuen politischen Bewegung formiert haben. Daß diese Kräfte nicht schon früher die Mehrheit in der Knesset gewannen, so Zimmermann, sei auf das Charisma von *Yitzhak Rabin* zurückzuführen gewesen. Der Mord an Rabin und der polarisierende Wahlkampf habe nun aber zu einer tiefen Spaltung der israelischen Gesellschaft geführt.

Udo Steinbach richtete in seinem Vortrag das Augenmerk auf die internationalen und machtpolitischen Konsequenzen des Wahlausgangs. Israel unter Netanyahu könnte versucht sein, den Ausgleich mit den Palästinensern von dem mit den arabischen Nachbarstaaten abzukoppeln. Trotz einiger Ansatzpunkte für eine solche Strategie sei sie aber nicht erfolgversprechend. Die USA würden Druck auf die Fortsetzung des Friedensprozesses ausüben und die arabischen Nationen würden sich gegebenenfalls auf eine gemeinsame Front gegenüber Israel einigen - auch eine neue Intifada liege im Bereich des Möglichen.

Bei der Diskussion mit den zahlreich erschienenen Gästen herrschte die Meinung vor, daß der Sieg Netanyahus und des Likuds ein deutliches Fragezeichen hinter die Realisierbarkeit der mit Arafat ausgehandelten Vereinbarungen stelle. Die erstarkten religiösen und nationalistischen Parteien

würden alle Kräfte mobilisieren, um das bisher verfolgte Ziel eines Palästinenserstaats zu verhindern. Netanyahu würde als Ministerpräsident zwar zunächst eine pragmatischere Linie verfolgen, aber schon eine Verzögerung des Abzugs aus Hebron könnte Arafat zum Verhängnis werden. Die Teilnehmer des Forums - unter ihnen Hans-Jochen Vogel - waren sich aber einig, daß es zum Friedensprozeß keine Alternative geben könne. Europa sei in dieser Situation ebenfalls stärker gefordert.

Das C·A·P-FORUM ist eine Veranstaltungsreihe, bei der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit Themen angewandter Politikforschung diskutieren

C·A·P-FORUM...

Über die „Grenzen der Toleranz“ diskutierten am 13. Mai der polnische Jesuit und Publizist **Waclaw Oszajca** und **Dr. Thomas R. Henschel**, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa.

Am 21. April analysierte **Dr. Wladimir Korowkin**, Berater der russischen Regierung und Mitglied des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) die Situation in „Rußland vor den Präsidentschaftswahlen“.

„Europa '96 - Die Entscheidungsverfahren auf dem Prüfstand“ war das Thema des Forums am 17. Juni mit **Dr. Hubertus Deßloch**, Leiter der Vertretung Bayerns bei der Europäischen Union. Sein Fazit: Die Wahrung des **einheitlichen Rechtscharakters** der EU unter Maßgabe des Transparenz schaffenden Prinzips der **Subsidiarität** sei die wichtigste Aufgabe der laufenden Regierungskonferenz.

Moshe Zimmermann und Werner Weidenfeld präsentieren anläßlich des Forums das erste Europahandbuch in hebräischer Sprache (siehe auch Seite 6).

Europa und der Nahe Osten

Grenzen und Möglichkeiten
europäischer Einflußnahme
in der Diskussion

Die "Reform der Europäischen Union und der Nahe Osten" standen am 30. und 31. Mai auf der Tagesordnung der jährlichen Konferenz der *Forschungsgruppe Europa*, des *Instituts für Europäische Studien* und der *Bertelsmann Stiftung* in Jerusalem. Hochrangige Politiker und Experten, wie z.B. *Eberhard Rhein*, Generaldirektor der Europäischen Kommission, *Otto von der Gablentz*, ehem. Botschafter in Israel, *Dr. Yaacov Cohen*, Botschafter a.D. des Staates Israel, *Dr. Oded Eran*, israelisches Außenministerium, *Friedbert Pflüger*, MdB, und *Prof. Kenneth Stein*, Nahostexperte der Emory Universität in Atlanta, diskutierten zusammen mit den israelischen Gastgebern der *Hebräischen Universität* über die Reformvorhaben der EU, die europäische Mittelmeerpolitik und die ökonomische Dimension einer Erweiterung der Union nach Osten. *Prof. Werner Weidenfeld* moderierte schließlich am letzten Tag der Konferenz eine öffentliche Diskussion über die europäische Rolle im Friedensprozeß, dessen Fortgang angesichts der Wahl des neuen Ministerpräsidenten und der neuen Zusammensetzung der Knesset vielfach in Frage gestellt wurde.

Das C·A·P besuchten...

Carroll Brown, Präsident des American Council on Germany, New York

Dr. Paolo Raffone, Club of Rome

Joan Vallvé, Mitglied des Europäischen Parlaments, Barcelona

Prof. Gerald D. Feldmann, Center for German and European Studies, Berkeley, University of California

Prof. Nicolai Genow, Akademie der Wissenschaften, Sofia

Pawel Swieboda, Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen

Dr. Giorgio Dominese, Direktor des Centro Studi Nord Est, Venedig

Die Brandeis University..

..., die angesehenste jüdische Universität der USA, berief **Prof. Werner Weidenfeld** als ersten Deutschen in ihr Kuratorium. Nach ihrer Gründung (1948) waren in Brandeis viele jüdische Emigranten aus Deutschland, wie **Herbert Marcuse** und **Ludwig Lewinsohn**, als Professoren tätig. Im Rahmen des deutsch-jüdischen Dialogs bereitet Werner Weidenfeld zusammen mit **Prof. Jehuda Reinharz**, Präsident von Brandeis, die Einrichtung eines Zentrums für Deutschland- und Europastudien vor.

Im World Wide Web...

ist das C·A·P seit kurzem mit einer eigenen Homepage vertreten. Unter der vorläufigen Adresse:

<http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/WWW/CAP.html>

sind aktuelle Informationen über das C·A·P online verfügbar. Projekte, Nachrichten, Publikationen, E-mail-Adressen, Tips zu Lehrveranstaltungen, Webadressen und vieles mehr werden in Zukunft weltweit abrufbar sein.

Sicherheit und Wohlstand als
gemeinsame Aufgabe im
Mittelmeerraum

Die Kronberger Nahostgespräche

Der Nahe Osten steht an einer Wegscheide im Friedensprozeß. Um diesen Prozeß positiv zu unterstützen, fand im Mai im Schloßhotel Kronberg ein vertrauliches Treffen hochrangiger Politiker und Wirtschaftsvertreter aus der gesamten Region sowie Repräsentanten der Weltbank, NATO, EU und Europäischen Investitionsbank auf Einladung der *Bertelsmann Stiftung* statt. Diskussionsgrundlage war ein Strategiepapier, das in der *Forschungsgruppe Europa* erarbeitet wurde. Drei Impulse werden darin skizziert, die den Friedensprozeß positiv beeinflussen könnten: 1. Die Errichtung regionaler Sicherheitssysteme im Nahen Osten; 2. Die Reform der Zoll-, Steuer- und Sozialsysteme sowie der Verwaltungen der nahöstlichen Staaten mit Blick auf die Schaffung einer Freihandelszone Mittelmeer; 3. Die Reform der Institutionen in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel eines leistungsfähigen, konfliktbewältigenden Gefüges. Ein partnerschaftlicher Dialog zwischen der EU und den Staaten der Region könnte bei der Verwirklichung dieser Aufgaben die Basis für die gemeinsame Zukunft bilden. Das Strategiepapier wird demnächst im Verlag der Bertelsmann Stiftung erscheinen.

Stärkung der Civil Society

Die transatlantischen Gesellschaften benötigen bürgerschaftliche Impulse zur Überwindung struktureller Krisen im Zuge ihrer Transformation von der Industrie- über die Dienstleistungs- zur Informationsgesellschaft. Verantwortungsbewußtsein, Entgegenkommen und Engagement der Bürger sollten deshalb zukünftig die entscheidenden Merkmale und Grundlagen der europäischen wie auch der amerikanischen politischen Kultur sein, um Legitimität und Funktionsfähigkeit der gesellschaftlichen Systeme wahren zu können. Eine Gruppe von 25 Wissenschaftlern und Praktikern aus Europa und den Vereinigten Staaten diskutierte in New York Perspektiven bürgerschaftlichen Engagements. Unter den Teilnehmern befanden sich u.a. der Soziologe *Seymour Martin Lipset*, *Richard Madsen* von der Universität Berkeley, *Benjamin Barber* sowie der Sozialphilosoph *Hans Joas* von der FU Berlin. Die Konferenz wurde gemeinsam von der *Forschungsgruppe Europa*, dem *Council on Foreign Relations* in New York und der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* durchgeführt. Die Ergebnisse der Tagung werden Ende des Jahres veröffentlicht werden.

Bürgerschaftliche Werte in Europa und Amerika als Fundament der Gesellschaft

Perspektiven...

...einer **trilateralen Sicherheitspartnerschaft** zwischen den **USA, Rußland und Europa** standen im Mittelpunkt einer Konferenz der **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung** Ende April in Berlin, an der jeweils hochrangige Vertreter der verschiedenen Interessensphären teilnahmen. Die **Forschungsgruppe Europa** wirkt im Rahmen des Projekts an der Erarbeitung eines Strategiepapiers mit, das in einer ersten Phase gemeinsame Sicherheitsinteressen in Europa identifizieren soll.

Jugend und Demokratie...

...in **Polen** - mit diesem Thema beschäftigt sich die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** und die Bertelsmann Wissenschaftsstiftung im Rahmen des deutsch-polnisch-litauischen Pilotprojekts „**Aufbau von Jugendstrukturen im Demokratisierungsprozeß**“. Im Juni fand eine Tagung in Polen statt, bei dem die Projektgruppe u.a. zu einem Gespräch mit **Prof. Wladyslaw Bartoszewski** zusammenkam. Das **C·A·P** wird im Kontext des Projekts auch mit dem **Deutschen Bundestag** kooperieren.

C·A·P Presseschau...

Die **Süddeutsche Zeitung** portraitierte ausführlich am 9. April das **C·A·P** unter dem Titel „**Berater für das Unternehmen Staat**“. Die praxisbezogene, am Puls der Politik orientierte Ausrichtung fiel auch **Peter Glotz**, Publizist und langjährigem Vordenker der SPD, auf. In seinem neuen Buch „**Im Kern verrottet?**“ über die an der Realität vorbeibildenden deutschen Universitäten erwähnt er das **C·A·P** als lobenswerte, fast einzige Ausnahme im Bereich der Sozialwissenschaften.

Aktiv für Demokratie und Toleranz

Im Rahmen einer Veranstaltung der *Forschungsgruppe Jugend und Europa* referierte der ehem. Vorsitzende der SPD, *Dr. Hans-Jochen Vogel*, über den Stellenwert der Erinnerungsarbeit und der Toleranz in Deutschland. Als Vorsitzender des 1993 angesichts der fremdenfeindlichen Ausschreitungen gegründeten überparteilichen Vereins „*Gegen Vergessen - für Demokratie e.V.*“ stellte er dessen Ziele, Arbeitsweisen und Aktivitäten vor. Der bundesweit agierende Verein möchte sowohl die Erinnerung an die nationalsozialistische und kommunistische Diktatur wachhalten als auch national und international eine demokratische Gesinnung fördern. In der anschließenden Diskussion standen die Mittel politischer Bildung gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und alle Formen von Vorurteilen im Blickpunkt. Dabei wurden auch Möglichkeiten der Toleranzerziehung angesprochen, die anhand attraktiver neuer Methoden im Kooperationsprojekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ der Forschungsgruppe Jugend und Europa mit der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* entwickelt und umgesetzt werden.

Gegen Vergessen - für Demokratie